

Dietmar Rothermund

Die Nichtbrahmanen-Bewegung (1920–1962) und die indische Politik

Brahmanen und andere Menschen: Zwei Erlebnisse in Südindien

Als ich bei meinem ersten Besuch in Madras (Chennai) in einem modernen vegetarischen Hotel wohnte und dort mein Essen im Zimmer serviert bekam, fiel mir etwas auf. Die jungen Kellner trugen zwar alle dieselbe Uniform und sahen auf den ersten Blick gleich aus, aber die, die das Essen brachten, unterschieden sich nach Hautfarbe und Gesichtszügen deutlich von denen, die später das Geschirr abholten. Die einen waren wohl Brahmanen und die anderen von niedrigster Kaste oder Unberühbare. Ich erkundigte mich bei der Rezeption und man sagte mir, daß das selbstverständlich so sein müsse. Jeder kann Essen aus der Hand eines Brahmanen empfangen. Essensreste aber gelten als unrein, ein Brahmane würde sie nie berühren, also muß das Geschirr von Leuten abgeholt werden, die Unreines beseitigen, diese dürfen aber auf keinen Fall Essen servieren.

Ich kannte diese Regeln schon, aber nirgends war mir ihre Einhaltung so bemerkbar geworden wie in diesem orthodoxen Hotel in Madras. Brahmanen und andere Menschen sind dort deutlicher voneinander zu unterscheiden, als sonst in Indien. Ich hörte später, daß sich das auch auf die Sprache bezieht. Das Tamil der Brahmanen ist stärker vom Sanskrit geprägt als das der anderen Tamilen. Ob das auch für die Kellner galt, kann ich nicht sagen.

Ich hatte dann in Madras noch ein weiteres Erlebnis, das mir die kulturstiftende Rolle der Brahmanen vor Augen führte. Ich war bei einer Brahmanenfamilie eingeladen. Der ehrwürdige Großvater war ein bekannter Jurist und durchaus kein Priester. Aber im Garten des Hauses gab es einen kleinen Tempel, in dem er jeden Abend seine Andacht zelebrierte. Ich setzte mich still in die Nähe des Tempels und schaute zu. Der alte Herr, der sonst westliche Kleidung trug, erschien mit nacktem Oberkörper und war nur mit einem Dhoti bekleidet, dem langen Hüfttuch der

Männer. Er hatte eine Öllampe in der einen Hand und ein Glöckchen in der anderen. Er sprach vor dem Bild des Gottes seine Gebete, schwenkte die Lampe und läutete ab und zu mit dem Glöckchen. Die Andacht dauerte eine ganze Weile. Zuerst hatte ich allein dort gegessen, dann raschelte es im Gebüsch. Einige Leute setzten sich zu mir. Allmählich kamen immer mehr. Es müssen etwa 30 gewesen sein. Die meisten waren arme Leute aus der Nachbarschaft. Nachdem die Andacht beendet war, verschwanden sie ebenso lautlos, wie sie gekommen waren. Der alte Brahmane hatte die ganze Zeit mit dem Rücken zu ihnen gekehrt vor dem Götterbild gestanden und keine Notiz von ihnen genommen. Für seine Andacht war dieses Publikum unerheblich, doch es störte ihn auch nicht.

Die Teilnahme an dieser Andacht zeigte mir, wie die Brahmanen seit alter Zeit Anhänger für ihre Religion gefunden hatten: nicht durch Predigt und Bekehrung, sondern durch unbeirrtes Praktizieren ihrer religiösen Riten. Dabei waren sie in ihrer Lebensführung orthodox, aber in ihrem Denken für neue Ideen aufgeschlossen. So gelang es ihnen auch, autochthone Götter des dravidischen Südens in ihr Pantheon einzubeziehen und integrative Mythen zu bilden, die die Mehrheit der Bevölkerung an ihre Religion heranführten. Diese Leistung war umso bemerkenswerter, als die Brahmanen hier im tiefen Süden immer eine kleine Minderheit blieben; nur rund drei Prozent der Bevölkerung. Sie waren nie besonders reich, aber sie erzogen ihre Kinder gut. Die Achtung vor der Gelehrsamkeit wurde ihnen von früher Jugend an eingeprägt. Heute ist viel von Humankapital die Rede. Die Brahmanen pflegten dies seit eh und je, wenn auch meist nur im eigenen Kreise.

Die Wanderung der Brahmanen von Nord nach Süd

Wie waren die Brahmanen aus ihrer alten Heimat in der mittleren Gangesebene, wo noch heute 10 Prozent der Bevölkerung Brahmanen sind, über mehr als 2000 km hinweg in den tiefen Süden gekommen? Wenn man es ganz profan in unserer heutigen Terminologie ausdrücken will, so würde man sagen: auf der Suche nach Arbeitsplätzen. Diese gab es in wachsender Zahl im Mittelalter, als sich auch im Süden Stammeshäuptlinge in Könige verwandelten und sich mit Brahmanen umgaben, die sie weihten und legitimierten, berieten und ihre Söhne erzogen. Das nordindische Staatsmodell wurde auf diese Weise nach Südindien und darüber hinaus nach Südostasien verbreitet. Die Könige entlohnten ihre Brahmanen durch Landschenkungen. Sie wurden meist an einzelne Familien vergeben und waren bescheidener Art, genügten aber für den Lebensunterhalt des Empfängers und seiner Nachkommen, die sich ihrerseits bemühten, sich durch entsprechende Dienstleistungen nützlich zu machen.

Die Skala der Brahmanenberufe reichte vom Steuerschreiber im Dorf bis zum Minister des Königs, vom Opferpriester eines kleinen Tempels bis zum Vorstand der großen Schar von Brahmanen, die in den großen Reichstempeln ihren Dienst versahen. Neben einzelnen Landschenkungen gab es auch große Brahmanendörfer, die sich korporativ organisierten. Da die Brahmanen nicht pflügen oder sonstige niedrige Arbeiten verrichten durften, hatten sie viel Zeit, um sich Satzungen auszuklügeln und ihre Korporationen auf vorbildliche Weise zu organisieren. Diese Fähigkeiten kamen ihnen zugute, wenn es darum ging, sich dem politischen Wandel anzupassen und sich neue Aufgabengebiete zu erschließen.

Als die Briten ihre Kolonialherrschaft in Indien errichteten, waren sie gerade in Südindien bald von den Brahmanen abhängig, die einen großen Informationsvorsprung vor ihnen hatten und die neuen Herren immer nur soviel wissen ließen, wie nötig war, um sich unentbehrlich zu machen. Basierend auf ihren alten Traditionen des gelehrten Unterrichts und des Auswendiglernens von Texten, meisterten die Brahmanen rasch die englische Sprache, die britische Jurisprudenz und alle Regeln der bürokratischen Verwaltung. Nicht nur im Regierungsdienst und als Anwälte und Richter taten sie sich hervor, sondern bald auch als Schriftsteller und Journalisten. „The Hindu“, auch heute noch eine der besten englischsprachigen Tageszeitungen Indiens, wurde 1877 in Madras von brahmanischen Journalisten gegründet. In diesen Kreisen regten sich bald auch die ersten Keime eines indischen Nationalismus, freilich nicht von der revolutionären, sondern von der liberal-konstitutionellen Art.

Im frühen 19. Jahrhundert hatte Lord Macaulay, damals Justizminister im Rat des Vizekönigs, dem Wunsch Ausdruck gegeben, die Briten mögen in Indien Menschen erziehen, die nur noch dem Blute nach Inder seien, sonst aber „gentlemen“ nach britischem Vorbild. Gerade unter den Tamilbrahmanen ging diese Saat nach kaum 40 Jahren sehr gut auf. Nun wurde den Briten insgeheim bange, denn diese „gentlemen“ sprachen und schrieben ein besseres Englisch als die Kolonialherren und waren den Leuten, die London nach Indien entsandte, intellektuell meist haushoch überlegen. Als sich diese Brahmanen auch noch als indische Nationalisten profilierten und nicht mehr gehorsame Erfüllungshelfen der Kolonialherren sein wollten, hörte deren Gemütlichkeit auf.

Die Brahmanen und der indische Nationalismus

Das politische Leben in der großen Madras Presidency war im 19. Jahrhundert noch nicht so rege wie in Bengalen und Maharashtra. Als der bengalische Nationalist Surendranath Banerjea 1878 im Rahmen seiner Vortragstour, die ihn durch ganz Indien führte, Madras besuchte, war er

enttäuscht, daß er dort auf keiner öffentlichen Kundgebung sprechen konnte, sondern seine Rede nur vor einem kleinen Kreis von Honoratioren halten durfte. Doch beim ersten Nationalkongreß, der 1885 in Bombay stattfand, fiel die Delegation aus Madras bereits durch rege Teilnahme auf.

Der eigentliche Höhepunkt des brahmanischen Nationalismus war die Aktivität der von der irischen Sozialistin Dr. Annie Besant gegründeten Home Rule League. Annie Besant lebte schon lange in Indien und hatte sich als Präsidentin der Theosophischen Gesellschaft einen Namen gemacht. Ihr Hauptquartier war in Adyar bei Madras. Frau Besants ostentative Bewunderung für das alte Indien, so wie es von den Brahmanen interpretiert wurde, fügte sich gut in die Strömung des neo-hinduistischen Solidaritätstraditionalismus ein, der zu jener Zeit hauptsächlich in Bengalen und Maharashtra gepflegt wurde und mit Namen wie Swami Vivekananda, Sri Aurobindo und Bal Gangadhar Tilak verbunden war. Die Tamilbrahmanen schlossen sich begeistert der Theosophischen Gesellschaft an, und als ihre Mentorin nach irischem Vorbild die Home Rule League gründete, folgten sie ihr auch in diese neue Organisation. Das galt natürlich in erster Linie für Angehörige der freien Berufe, während Brahmanen im Regierungsdienst, die in der Madras Presidency ca. 70 Prozent des mittleren und niederen Verwaltungsdienstes innehatten, sich in dieser Hinsicht zurückhielten. Die Briten, die von der Unterstützung dieser Beamtschaft abhängig waren, konnten sich aber angesichts der Propaganda der Home Rule League der Loyalität ihrer brahmanischen Untergebenen nicht mehr sicher sein und wollten daher die soziale Basis ihrer Herrschaft erweitern. Je radikaler die Forderungen der Home Rule League wurden, umso stärker wurden diese Bestrebungen der Briten.

Frau Besant wurde 1917 verhaftet und für kurze Zeit ins Gefängnis gesteckt. Nach ihrer Entlassung wurde sie zum Jahresende zur Präsidentin des indischen Nationalkongresses gewählt. Damit stand auch ihre zu einem großen Teil aus Tamilbrahmanen bestehende Gefolgschaft auf dem Höhepunkt ihres politischen Ansehens. Doch dem folgte sehr rasch ein dramatischer Rückgang des brahmanischen Einflusses auf die Politik Südindiens. Wenn es darauf ankam, an eine zunächst durchaus zahlenmäßig begrenzte Wählerschaft zu appellieren, konnten die Brahmanen auf wenig Resonanz hoffen. Srinivasa Shastri, ein führender Kopf unter den Nationalliberalen Indiens, sagte dazu treffend: „Wir Tamilbrahmanen sind nur mäßig bemittelt und mäßig in unseren politischen Anschauungen – und beides macht wenig Eindruck auf die Wähler“. Die Brahmanen suchten auch bald nach Alternativen außerhalb Südindiens, um Gebrauch von ihren Fähigkeiten zu machen. Der Soziologe B. N. Nair bemerkte später einmal, die Tamilbrahmanen seien die ersten Anbeter der Schreibmaschine in Indien gewesen, und daher sei es ihnen gelungen, die

meisten Posten im Sekretariat der Zentralregierung zu erringen. Ferner waren sie natürlich weiterhin in den freien Berufen vertreten und bewährten sich auch als Ingenieure und Manager.

Als die Brahmanen aber noch im Bunde mit Frau Besant die Home Rule League beherrschten, hatte dies eher dazu beigetragen, sie zu isolieren, als die Basis des indischen Nationalismus in Südindien zu erweitern. Die Nichtbrahmanen befürchteten, daß die Brahmanen die Briten beerben wollten. Die Briten schürten diese Furcht und setzten nun vermehrt auf die Loyalität und politische Solidarität der Nichtbrahmanen, eine Solidarität, die sich überhaupt erst in der Konfrontation mit dem Brahmanen bildete.

Die Entstehung einer nichtbrahmanischen Solidarität

Die Kategorie „Nichtbrahmane“ war an sich denkbar ungeeignet für eine politische Solidarisierung, denn hinter diesem negativen gemeinsamen Nenner verbargen sich viele regionale und soziale Diskrepanzen. Doch in der Zeit vom späten 19. Jahrhundert bis in die Jahre des Ersten Weltkriegs konvergierten verschiedene Strömungen, die schließlich zu einer solchen politischen Solidarisierung führten. Da war zunächst der auf kleine literarische Kreise beschränkte Stolz auf die tamilische Tradition, die von den britischen Missionaren Robert Caldwell und G. U. Pope sozusagen „wiederentdeckt“ worden war. Sie betonten die Unabhängigkeit dieser Tradition von der Sanskrit-Tradition und priesen die hohe Qualität der alten Tamil-Literatur. In diese Kerbe schlug auch der Gouverneur von Madras, M. E. Grant-Duff, der 1886 in einer Ansprache an die Graduierten der Universität Madras ausdrücklich die Nichtbrahmanen aufforderte, als Angehörige einer „reinen dravidischen Rasse“ die vorsanskritischen Elemente ihrer Kultur zu betonen. Professor P. Sundaram Pillai verfolgte in den letzten Jahren des 19. Jahrhundert diese Spur noch weiter, indem er behauptete, die Sanskrit-Literatur habe mehr von der Tamil-Literatur entlehnt als umgekehrt. Das indische Nationalepos Rāmāyaṇa interpretierte er auf ganz andere Weise als die Nordinder. Für ihn wurde der Dämon Rāvaṇa zum edlen Helden und Rāma zum hinterlistigen Feigling.

Eine Breitenwirksamkeit erzielten solche Theorien zu jener Zeit noch nicht. Eher konnten praktische Probleme eine dravidische Solidarität herbeiführen. Der Lösung solcher Probleme widmete sich Natesa Mudaliar, Sekretär der 1912 gegründeten Madras Dravidian Association, der Geld für ein Studentenheim für Nichtbrahmanen sammelte, weil diese sich in den von Brahmanen dominierten Studentenheimen diskriminiert sahen. Dieser Verein trat auch mit der Veröffentlichung der „Nichtbrahmanen-Briefe“ (1915) hervor, mit denen die Nichtbrahmanen zur Solidarität er-

mahnt wurden. Natesa Mudaliar gelang es, auch zwei zerstrittene Prominente unter den Nichtbrahmanen, Dr. T. M. Nair und Tyagaraja Chetti, zusammenzuführen. Nair war Arzt und stammte aus Kerala, Chetti war ein reicher Telugu-Kaufmann. Mit diesen beiden waren also auch die „Draviden“ außerhalb Tamilnadus in der Nichtbrahmanen-Bewegung vertreten. Das „Nichtbrahmanen Manifest“ von 1916 und die Gründung der South Indian Liberal Federation als erster Nichtbrahmanen-Partei markierten dann den Beginn der offenen politischen Aktivität dieser Gruppe. Das Manifest betonte die Loyalität gegenüber den Briten und denunzierte den Indischen Nationalkongreß als Brahmanenorganisation.

Als der Staatssekretär für Indien, Edwin Montagu, 1917 verkündete, daß „responsible government“ das Ziel der nach dem Krieg anstehenden Verfassungsreform sei, kam Bewegung in die politische Szene in Indien, und neue Ansprüche wurden angemeldet. Montagu hatte eigentlich von „self-government“ sprechen wollen, doch der Kriegsminister Lord Curzon, der früher Vizekönig in Indien gewesen war, lehnte diesen Begriff ab und meinte, die Inder müßten erst einmal lernen, überhaupt Verantwortung zu übernehmen, „responsible government“ sei daher die richtige Bezeichnung. Montagu übernahm dies gern, denn die verfassungsrechtliche Bedeutung dieser Bezeichnung betraf das Grundprinzip des Parlamentarismus: die Verantwortlichkeit der Exekutive gegenüber der Legislative. Das hatte Curzon eigentlich nicht betonen wollen, aber Montagu, dem der Verfassungsfortschritt in Indien am Herzen lag, deutete „responsible government“ in diesem Sinne.

Montagu war sich mit dem Vizekönig Lord Chelmsford darin einig, daß separate Wählerschaften, wie sie bereits 1909 den Muslims gewährt worden waren, nicht mit „responsible government“ vereinbar seien, daß man sie den Muslims aber nicht nehmen könne, weil sie sie bereits als politischen Besitzstand betrachteten. Auf keinen Fall wollte man jedoch auf die Forderungen der Nichtbrahmanen eingehen, daß ihnen ebenfalls separate Wählerschaften gewährt werden sollten. Diese Forderung erschien auch absurd, weil die Nichtbrahmanen ja in der Mehrheit und nicht in der Minderheit waren, wie die Muslims. So wurde diese Forderung schließlich abgelehnt, aber durch die Gewährung reservierter Sitze ersetzt. Dies bedeutete, daß Nichtbrahmanen, die solche Sitze erringen wollten, die allgemeine Wählerschaft ansprechen mußten. Die Ausführungsbestimmungen der Verfassungsreform in der Madras Presidency sahen 28 für Nichtbrahmanen reservierte Sitze vor. Bei den Wahlen von 1920 zeigte sich dann, daß diese Reservierung völlig unnötig war, aber zunächst einmal konnten die Nichtbrahmanen auf diese Weise auch das Zugeständnis eines politischen Besitzstandes verbuchen.

Aufstieg und Niedergang der Justice Party

Im Hinblick auf die Forderung nach separaten Wählerschaften hatten die Nichtbrahmanen 1917 die Justice Party gegründet, mit der sie Gerechtigkeit einklagen wollten. Bei den Kolonialherren fanden sie dafür Verständnis, denn diese waren ja auch daran interessiert, ein Gegengewicht zum brahmanischen Nationalismus zu fördern. Nun ergab es sich, daß Mahatma Gandhi 1920 im Zuge seiner Nichtzusammenarbeitskampagne zum Boykott der Wahlen aufrief und der Nationalkongreß deshalb in Madras geradezu kampfflos der Justice Party die politische Arena überließ, die dann auch 63 Sitze errang und damit auf die Reservierung von 28 Sitzen gar nicht angewiesen war. Die Justice Party besetzte auf diese Weise die den Indern nun zugebilligten Ministerien und nutzte ihre Macht sofort dazu aus, eine Verordnung durchzusetzen, die eine für die Nichtbrahmanen günstige Quotenregelung für den Zugang zum öffentlichen Dienst festschrieb. Aber mit diesem Erfolg begann auch schon der Niedergang dieser Partei, die allzu problemlos an die Macht gekommen war. Es fehlte ihr nun auch die brahmanische Bedrohung, die ihre Existenz begründet hatte. Sie ruhte sich auf ihren Lorbeeren aus und zeigte sich dann für den Wahlkampf von 1926 denkbar schlecht gerüstet.

Gandhis Nichtzusammenarbeitskampagne war inzwischen Schnee von gestern und der Nationalkongreß trat in Gestalt der Swaraj Party als Herausforderer auf. Von den 63 Sitzen des Jahres 1920 fiel die Justice Party 1926 auf 22 zurück. Die Reservierung von 28 Sitzen für Nichtbrahmanen konnte sie davor nicht bewahren, denn diese Sitze waren ja nicht für die Justice Party als solche reserviert. Die Swaraj Party errang 41 Sitze, weitere 36 wurden von parteilosen Kandidaten besetzt. Im Einklang mit ihrem Programm, die Nichtzusammenarbeit in die konstitutionelle Arena hineinzutragen, weigerte sich die Swaraj Party, die Regierungsverantwortung zu übernehmen, daher fiel diese Aufgabe dem parteilosen Nichtbrahmanen P. Subbaroyan zu, der zum Ärger der Justice Party aber auch einen brahmanischen Abgeordneten in den Ministerrat einbezog.

In den kommenden Jahren sah sich die Swaraj Party praktisch dazu gezwungen, Subbaroyan zu unterstützen, da sein Sturz bedeutet hätte, daß die Justice Party wieder an die Macht gekommen wäre. Die Swaraj Party bestand zwar aus Kongreßpolitikern, war aber nicht mit dem Nationalkongreß identisch. In einer bemerkenswerten Resolution erlaubte nun die Justice Party ihren Mitgliedern, auch die Mitgliedschaft des Nationalkongresses zu erwerben. Auf diese Weise wuchs der Anteil an Nichtbrahmanen im Nationalkongreß, und 1929 übernahm sogar ein Nichtbrahmane die Präsidentschaft des tamilischen Landesverbandes des Nationalkongresses.

In den frühen 1930er Jahren gelang es der Justice Party noch einige Male, an die Regierung zu kommen, aber sie verdankte dies nur vorübergehenden politischen Konstellationen. Der Nationalkongreß war die Partei der Zukunft, die Justice Party gehörte bereits der Vergangenheit an.

Die Integration der Nichtbrahmanen in der Kongreßpartei

Die Integration der Nichtbrahmanen in die Kongreßpartei war zwei konvergenten Strömungen zu verdanken. Zum einen war die Justice Party durch ihre eklatante Wahniederlage nicht mehr sehr attraktiv und es gelang den Kongreßpolitikern sehr geschickt, Nichtbrahmanen anzuwerben, zum anderen machte Gandhis große Kampagne des bürgerlichen Ungehorsams auch in der Madras Presidency großen Eindruck und stärkte den Einfluß seines regionalen Statthalters Chakravarti Rajagopalachari. Dieser hatte in den 1920er Jahren zu den „No Changers“ gehört, die die Fortsetzung der Nichtzusammenarbeit mit den Briten vertraten. Er befand sich daher im Konflikt mit den Führern der Swaraj Party, der durch persönliche Animositäten verstärkt wurde. Nun stieg sein Stern und er sollte bald zum bedeutendsten politischen Führer Südindiens werden. „Rajaji“ – wie man ihn bald nannte – war ein Brahmane, aber nicht sehr orthodox, wie die Heirat seiner Tochter mit einem Sohn Gandhis zeigte. Seine Bemühungen um die Integration der Nichtbrahmanen waren sehr erfolgreich. Er wurde 1930 zum Präsidenten des tamilischen Landesverbandes des Nationalkongresses gewählt. Dabei mußte er sich gegen den Widerstand seines brahmanischen Rivalen Satyamurti und dessen nichtbrahmanischen Gefolgsmannes Kamaraj Nadar durchsetzen. Doch gelang es ihm, auch diese in die Parteiorganisation einzubinden.

Der Aufstieg des Kamaraj Nadar zeigt beispielhaft, wie Nichtbrahmanen aus niedrigster Kaste im Nationalkongreß Karriere machen konnten. Die Nadars, eine Kaste von Palmweinzapfern, die sehr gering geachtet wurde, aber von denen es einige als Händler zu Reichtum gebracht hatten, waren politisch von spezieller Bedeutung, weil sie auf ihren sozialen Aufstieg bedacht waren. Kamaraj sollte im unabhängigen Indien Ministerpräsident von Madras und Kongreßpräsident werden. Satyamurti hatte den jungen Mann vom Lande, der kein Englisch sprach, sondern nur rustikales Tamil, schon früh entdeckt. Als Kamaraj 1923 gerade 20 Jahre alt war, wurde er von Satyamurti für die Propaganda der sich gerade bildenden Swaraj Party eingesetzt und blieb dann stets an seiner Seite. Damit gehörte er zu den Gegnern Rajajis innerhalb der Kongreßpartei. Doch Rajaji wußte auch mit Satyamurti und Kamaraj auszukommen. Ab 1931 arbeiteten sie wohl oder übel mit ihm zusammen. Hierbei zeigt sich, wie Flügelkämpfe unter Kongreßbrahmanen zum Aufstieg ihrer nichtbrahma-

nischen Schützlinge beitrugen, um deren Unterstützung sie sich bemühten.

Die dravidische Bewegung unter Ramasami Naicker und Annadurai

Während die Kongreßpartei aufstieg und die Justice Party verfiel, meldete sich eine neue Kraft zu Wort, die sich Selbstachtungsbewegung (Self Respect Movement) nannte und 1925 von E. V. Ramasami Naicker (genannt E. V. R., 1879–1973) gegründet wurde. E. V. R. hatte sich zunächst an der Seite Rajajis an Gandhis Kampagne der Nichtzusammenarbeit beteiligt und war dabei auch ins Gefängnis geworfen worden. Doch 1925 überwarf er sich mit dem Nationalkongreß und widmete sich seiner neuen Bewegung. Er war ein Sozialreformer und Rationalist, der den Hinduismus bekämpfte, den er als einen von den Brahmanen verbreiteten Aberglauben anprangerte. Da er demzufolge die brahmanischen Riten ablehnte, arrangierte er für seine Gefolgsleute auch „Selbstachtungshochzeiten“ mit eigener Zeremonie, bei der Brahmanen keine Rolle spielten. Seine Ideen fanden bei der jungen Bildungsschicht der Nichtbrahmanen einige Resonanz, erregten aber zugleich auch den Widerstand religiöser Menschen.

Das Verhältnis von E. V. R. und seiner Selbstachtungsbewegung zur Justice Party war zwiespältig. Als großer Propagandist war E. V. R. stets umworben. Sowohl die Justice Party als auch der parteilose Subbaroyan bemühten sich um ihn. Für die reichen nichtbrahmanischen Grundbesitzer, zu denen auch Subbaroyan gehörte, waren E. V. R.s sozialistische Ideen freilich nicht sehr attraktiv; sie konnten sich eher mit seinem Rationalismus anfreunden, von dem er behauptete, daß er das Grundelement der dravidischen Tradition sei. Mehr als seine vielen Vorläufer war er in der Lage, den „Dravidismus“ ideologisch zu begründen.

Ebenso zwiespältig war E. V. R.s Haltung gegenüber dem Nationalkongreß. Von der 1931 verabschiedeten Karachi Resolution mit ihrer Liste von Grundrechten war er so begeistert, daß er seine Gefolgschaft aufforderte, dem Nationalkongreß beizutreten. Als aber Rajaji 1937 eine Kongreßlandesregierung in Madras bildete und sich energisch für die vom Kongreß geforderte Nationalsprache Hindi einsetzte, leistete E. V. R. dagegen entschiedenen Widerstand, verurteilte den „Hindi-Imperialismus“ und forderte nun sogar ein separates „Dravidastan“. In dieser neuen Phase seiner Aktivitäten wurde E. V. R. ein Führer der Justice Party, die bei den Wahlen sehr schlecht abgeschnitten hatte. In dem wesentlich erweiterten Landtag hatte sie 1937 nur 21 der insgesamt 215 Sitze errungen, während die Kongreßpartei 159 Sitze erobern konnte. Für die marginalisierte Justice Party war es daher die einzige Rettung, daß der

populäre E. V. R. sie unter seine Fittiche nahm. Als die Kongreßpartei jedoch zu Beginn des Zweiten Weltkriegs die Regierungsbeteiligung aufkündigte, konnte und wollte E. V. R. keine Regierung der Justice Party in der Madras Presidency bilden. In der Justice Party bestand durchaus eine Hoffnung darauf, nun wieder an die Macht zu kommen. Im Panjab und Bengalen, den Muslimmehrheitsprovinzen, die von regionalen Parteien beherrscht wurden, deren Regierungen bei Kriegsbeginn nicht zurücktraten, ließen die Briten diese Regierungen in der Kriegszeit im Amt. Doch diese Regierungen hatten immerhin Mehrheiten in den betreffenden Landtagen. Die Justice Party aber war nur noch eine kleine Splitterpartei, von deren Unterstützung die Briten kaum Vorteile erwarten konnten. Da mit ihr im buchstäblichen Sinne nicht mehr viel Staat zu machen war, konzentrierte sich E. V. R. nun auf die Forderung nach einem separaten Dravidenstaat, für die er neben den Tamilsprechern auch die Sprecher anderer dravidischer Sprachen vereinnahmen wollte.

In der dravidischen Propaganda fand E. V. R. die Unterstützung von C. N. Annadurai, der 1935 im Alter von 26 Jahren in die Justice Party eingetreten war und später ab 1943 die tamilische Wochenzeitschrift „Dravida Nadu“ herausgab. Annadurai war ein guter Redner in Tamil und Englisch und bewährte sich in der Anti-Hindi-Agitation. Er sollte in Zukunft zum bedeutendsten Führer der von E. V. R. 1944 gegründeten Vereinigung der Draviden (*tirāviṭār kaḷakam*/D. K.) und danach des Dravidischen Fortschrittsvereins (*tirāviṭa munnērra kaḷakam*/D. M. K.) werden, der sich 1949 von der D. K. abspaltete und zur Begründung ihrer neuen Identität das Wort „Fortschritt“ (*munnērra*) in den Parteinamen einfügte. Auf diese Weise versuchte Annadurai, die nun nicht mehr sehr zugkräftige Berufung auf das Nichtbrahmanentum durch eine fortschrittliche Profilierung der dravidischen Identität zu überwinden. Mit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts nach Erlangung der Unabhängigkeit wurden die Brahmanen mit ihrem minimalen Bevölkerungsanteil ohnehin politisch irrelevant. Doch auch die dravidische Identität war bereits in eine Krise geraten. In seiner Schwundstufe wurde „dravidisch“ in politischer Hinsicht zu einem Synonym für tamilisch. Zugleich wurde die tamilische Sprache zum politischen Symbol. Diese Entwicklung wurde entscheidend durch den Wandel der politischen Arena geprägt, die sich einerseits rasch erweiterte, andererseits aber aufspaltete.

Der Wandel der politischen Arena und die Krise der dravidischen Identität

In der Madras Presidency des frühen 20. Jahrhunderts stimmte die Gleichung Dravide gleich Nichtbrahmane. Eine entsprechende politische

Identitätsbildung war in der damals vorgegebenen politischen Arena dieser Presidency sinnvoll. Diese Presidency umfaßte neben dem Tamil-sprachgebiet auch das Telugusprachgebiet (heute Andhra Pradesh) und den Malabar-Bezirk (heute Nord-Kerala), in dem Malayalam gesprochen wird. Das Kannada, die vierte bedeutende dravidische Sprache, spielte in der Madras Presidency keine Rolle, es war die Sprache des Fürstenstaates Mysore und der südlichen Bezirke der Bombay Presidency.

Es fiel schon früh auf, daß die dravidische Propaganda in erster Linie von Tamilen getragen wurde, während die Telugusprecher nur begrenztes Interesse an einer dravidischen Identität zeigten und statt dessen Andhra, den Namen einer alten Telugu-Dynastie, als Symbol einer eigenen Identität hervorhoben. Dies kam zunächst in den Bemühungen um eine Andhra-Universität zum Ausdruck, die schließlich in Waltair bei Vishakhapatnam errichtet wurde. In der Justice Party arbeiteten die Nichtbrahmanen-Politiker aus Andhra und Tamilnadu noch zusammen. Einige der bedeutendsten Führer der Justice Party waren Telugusprecher: Tyagaraja Chetti, K. V. Reddi Naidu und der Raja von Bobbili.

Die von Gandhi 1920 vorgenommene neue Aufteilung der Kongreßorganisation in nach Sprachgemeinschaften benannten Landesverbänden trug wesentlich dazu bei, die Struktur der politischen Arena zu verändern. Gandhis Motiv dabei war die Abkehr von der Honoratiorenpolitik der englischsprechenden Elite. Er wollte, daß die Botschaft des Freiheitskampfes den Indern in ihrer jeweiligen Muttersprache vermittelt wurde. Da jedoch die britisch-indischen Provinzen noch die politische Arena definierten, errichtete er keine Landesverbände, die die bestehenden Provinzgrenzen überschritten, sondern nur solche innerhalb dieser Grenzen. Dementsprechend gab es in der Madras Presidency ab 1920 das Tamil Nadu Congress Committee und das Andhra Congress Committee. Natürlich galt diese Aufteilung nur für die Kongreßpartei und berührte die Justice Party nicht. Auch bei der Regierungsbildung der Kongreßpartei in der Madras Presidency von 1937 operierten die beiden großen Landesverbände gemeinsam. Doch nach Erlangung der Unabhängigkeit trennten sich die Wege. Andhra forderte immer energischer die Errichtung eines eigenen Bundeslandes, doch Nehru sah in dieser Aufspaltung eine Bedrohung der nationalen Einheit. Erst als sich Potti Sriramulu 1953 in Andhra zu Tode fastete, gab Nehru nach und stimmte der Errichtung von Andhra Pradesh zu. Damit war ein Präzedenzfall geschaffen. Anderenorts wurden ähnliche Forderungen erhoben. Eine Kommission wurde eingesetzt, die sich mit der „States Reorganisation“ zu befassen hatte und 1955 ihren Bericht vorlegte. Die noch immer Madras genannte Provinz wurde zum Tamil-Bundesland. Die Telugusprecher erhielten nun endlich ihr eigenes Bundesland Andhra Pradesh. Die dravidische Identität bestand nun

nur noch als recht allgemeiner Oberbegriff für die indischen „Südstaaten“.

Um die dravidischen Sezessionsforderungen, die die D. K. noch lautstark verkündet hatte, wurde es allmählich still. Die Beteiligung an Wahlen in der neuen politischen Arena erforderte eine Anerkennung der politischen Spielregeln, und nach denen war eine Sezession ausgeschlossen. Die D. K. brauchte das noch nicht zu berücksichtigen, weil sie sich unter der Führung E. V. R.s nicht als politische Partei, sondern als eine Reformorganisation betrachtete, die sich nicht zur Wahl stellte. Der Bruch Annadurais mit E. V. R. und die Gründung des D. M. K. wurde unter anderem auch dadurch verursacht, daß Annadurai mit einer Partei, die sich zur Wahl stellt, hervortreten wollte. Damit mußte er die politischen Spielregeln anerkennen. Als 1962 beim indisch-chinesischen Grenzkrieg eine Welle des Patriotismus Indien durchflutete und die Zentralregierung secessionistischen Parteien zu verbieten drohte, verzichtete Annadurai ausdrücklich auf das dravidische Sezessionsprogramm. Der D. M. K. wurde eine tamilische Regionalpartei und konnte so 1967 einen Wahlerfolg verbuchen. Die Anerkennung der neuen politischen Arena war damit endgültig vollzogen.

Literatur

- Barnett, Marguerite Ross 1976: *The Politics of Cultural Nationalism in South India*. Princeton.
- Hardgrave, Robert L. 1965: *The Dravidian Movement*. Bombay.
- 1969: *The Nadars of Tamilnad. The Political Culture of a Community in Change*. Berkeley.
- Hellmann-Rajanayagam, Dagmar 1984: *Tamil. Sprache als politisches Symbol*. Wiesbaden.
- Hellmann-Rajanayagam, Dagmar & Rothermund, Dietmar (Hrsg.) 1992: *Nationalstaat und Sprachkonflikte in Süd- und Südostasien*. Stuttgart.
- Irshick, Eugene F. 1969: *Politics and Social Conflict in South India. The Non-Brahmin Movement and Tamil Separatism*. Berkeley.
- 1986: *Tamil Revivalism in the 1930s*. Madras.